

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Einleitung	21
A. Mögliche Zurechnungsdimension einer fahrlässigen Mittäterschaft	27
I. Kausalitätsprobleme aufgrund von Unkenntnis des Geschehensablaufes	28
1. Gegenstand der „Rolling Stones“-Entscheidung	28
a) Die Lösung des schweizerischen Bundesgerichts	29
b) Bewertung der Entscheidung innerhalb der Literatur	30
2. Ähnliche Sachverhalte in der deutschen Judikatur	31
a) BayObLG, Urt. v. 27.4.1990 – RReg. 2 St 392/89 („Kerzenfall“)	31
b) OLG Schleswig, Urt. v. 27.04.1981 – 1 Ss 756/80 („Streichholzfall“)	32
3. Lösung mithilfe der fahrlässigen Mittäterschaft	33
4. Lösungsmöglichkeiten unter Verzicht auf die fahrlässige Mittäterschaft	34
a) Die Unterlassungslösung	35
b) Vorverlagerung des Schuldvorwurfes	38
5. Zwischenfazit	41
II. Kausalitäts- und Zurechnungsprobleme bei überbedingten Kausalverläufen	41
1. Die „Lederspray“-Entscheidung – BGH, Urt. v. 6.7.1990 – 2 StR 549/89 = BGHSt 37, 106	42
a) Zum Sachverhalt	42
b) Problematik der Entscheidung	43
c) Die Lösung des 2. Senates	44
2. Die „Politbüro“-Entscheidung – BGH, Urt. v. 6.11.2002 – 5 StR 281/01 = BGHSt 48, 77	47
3. Zwischenfazit	48
4. Überbedingte Erfolge bei unechten Unterlassungsdelikten	49

5.	Lösung auf Kausalität- und Zurechnungssebene	50
a)	Äquivalenztheorie und condicio sine qua non-Formel	51
aa)	Modifikationen der condicio sine qua non-Formel	51
bb)	Mangelnder Erkenntnisgewinn der condicio sine qua non-Formel	53
cc)	Lösung von Fällen überbedingter Kausalität	56
dd)	Übertragbarkeit auf die Unterlassungskausalität	58
ee)	Zwischenfazit	60
b)	Theorie von der notwendigen Mindestbedingung	61
aa)	Notwendige Mindestbedingung und überbedingte Erfolge	62
bb)	Überbedingte Erfolge bei Unterlassungsdelikten	63
cc)	Kritik	64
dd)	Zwischenfazit	66
c)	Lehre von der gesetzmäßigen Bedingung	68
aa)	Bewältigung überbedingter Erfolge bei Begehungsdelikten	68
bb)	Überbedingte Erfolge bei unechten Unterlassungsdelikten	71
cc)	Zwischenfazit	72
d)	Die Risikoerhöhungslehre	73
6.	Überbedingte Kausalität und Mittäterschaft	76
a)	Bei vorsätzlichen Delikten	76
b)	Bei Fahrlässigkeitsdelikten	79
7.	Zusammenfassung	79
III.	Fahrlässige Mittäterschaft bei verschiedenartigen Sorgfaltspflichtverletzungen	80
1.	Probleme bei der Begründung von Fahrlässigkeitsstrafbarkeit bei Arbeitsteilung	81
a)	Fehlender Pflichtwidrigkeitszusammenhang	82
b)	Vorhersehbarkeit	83
c)	Vertrauensgrundsatz	84
d)	Ergebnis	87
2.	Potential einer zurechnungsbegründenden fahrlässigen Mittäterschaft bei Sachverhalten mit Unternehmensbezug	88
a)	Erfolgszurechnung in Unternehmen: Die sog. „top down“-Zurechnung	89
b)	Mangelhafte Unternehmensorganisation als strafbares Unrecht: Das sog. „Organisationsverschulden“	90
c)	Die Möglichkeiten fahrlässiger Mittäterschaft zur Begründung strafrechtlicher Verantwortlichkeit in Unternehmen	92

IV. Ergebnis	94
1. Fahrlässige Mittäterschaft zur Zurechnung bei Sachverhaltsunklarheiten	95
2. Fahrlässige Mittäterschaft zur Überwindung von Notwendigkeits- bzw. Vermeidbarkeitserwägungen	96
3. Fahrlässige Mittäterschaft bei verschiedenartigen Sorgfaltspflichtverletzungen	97
4. Fahrlässige Mittäterschaft bei Sachverhalten mit Unternehmensbezug	98
 B. Konzeptionen der fahrlässigen Mittäterschaft	99
I. Otto	99
II. Roxin	100
1. Ursprüngliche Konzeption	101
a) Dogmatische Grundlagen	101
b) Praktische Relevanz	102
aa) Auseinandersetzung mit Exner	102
bb) Nach Roxins Definition	103
2. Neue Konzeption	104
a) Konstruktion	105
b) Praktische Notwendigkeit	106
III. Weißer	107
1. Die fahrlässiger Mittäterschaft nach Weißer	107
2. Zur kriminalpolitischen Notwendigkeit fahrlässiger Mittäterschaft	108
IV. Kamm	109
V. Knauer	110
1. Vereinbarkeit mit den Vorschriften des Allgemeinen Teils	110
2. Voraussetzungen	112
3. Anwendungsbereich	113
VI. Pfeiffer	113
VII. Dencker	114
1. Notwendigkeit der fahrlässigen Mittäterschaft	114
2. Fahrlässigkeitsdelikte und Gesamttat	115
VIII. Renzikowski	116
IX. Ergebnis	116

C. Das Verhältnis von Zurechnung und Beteiligung	118
I. Allgemeines zum Täterbegriff	119
1. Tatherrschaft als Teilaspekt der Täterlehre Roxins	121
a) Unanwendbarkeit des Tatherrschaftskriteriums aufgrund gesetzgeberischer Entscheidung	121
b) Herrschaft über den Grund des Erfolgs nach Schünemann	125
c) Tatherrschaft als (umfassendes) Täterkriterium	126
d) Ergebnis	127
2. Reichweite des restriktiven Täterbegriffs	128
a) Die Ablehnung des extensiven Täterbegriffes	131
b) Gemäßigt restriktiver Täterbegriff	132
c) Formal-objektiver restriktiver Täterbegriff	134
d) Teilweise gemäßigt restriktiver Täterbegriff	135
e) Ergebnis	136
II. Das Tatherrschaftskriterium	138
1. Der Siegeszug der Tatherrschaftslehre	139
a) Ablehnung der formal-objektiven und subjektiver Täterlehren	140
b) Die „Zentralgestalt“ als Ausgangspunkt und Leit- prinzip der Täterschaft nach Roxin	142
2. Die Tatherrschaftslehre und die Täterschaftsregelung in § 25 StGB	143
3. Das Tatherrschaftskriterium als „offener Begriff“	145
4. Das Tatherrschaftskriterium und Tatbestands- verwirklichung	146
a) Materieller Gehalt des Tatherrschaftskriteriums	147
aa) Das Erfolgsdelikt als Herrschaftsdelikt	148
bb) Tatherrschaft als Kriterium der Tatbestandsverwirklichung von Erfolgsdelikten	150
cc) Herrschaftsdelikte im Vergleich zu eigenhändigen und Pflichtdelikten	151
dd) Die Tatherrschaftslehre als Tatbestandshandlungslehre	154
ee) Tatherrschaft als personalisierendes Zurechnungskriterium	155
ff) Zur Notwendigkeit des Kausalkriteriums bei Erfolgsdelikten	156
gg) Das Verhältnis von Tätigkeits- und Herrschaftsdelikten	159
hh) Tatherrschaft bei Pflichtdelikten?	162

b)	Tatbegriff des Tatherrschaftskriteriums	165
aa)	Grundsätzliches zum Begriff der „Tat“	165
bb)	Tatbegriff in Roxins Täterlehre	166
cc)	Konsequenzen für den Tatbegriff i.S.d. Tatherrschaft	167
c)	Beherrschung der Tat	170
III.	Das Verhältnis von Tatherrschaft und objektiver Zurechnung	173
1.	Sinn und Zweck der objektiven Zurechnung	174
a)	Ausgangspunkt: Gleichwertigkeit aller Bedingungen nach der Äquivalenztheorie	174
b)	Die Formel der objektiven Zurechnung	175
c)	Kritik von Vertretern normtheoretischer Ansätze	176
d)	Zwischenergebnis	178
2.	Objektive Zurechnung und Teilnahme gem. §§ 26, 27 StGB	178
a)	Zusammenhang zwischen Verhalten und Erfolg	179
b)	Missbilligte Gefahrschaffung durch Teilnehmer gem. §§ 26, 27 StGB?	180
aa)	Grundsatz	180
bb)	Rechtlichen Missbilligung des Gehilfenbeitrags: Die sog. ‚neutrale‘ Beihilfe	181
(1)	Die „neutrale Beihilfe“	182
(2)	Vertretene Ansichten	183
(a)	Lösung über objektive Zurechnung	184
(b)	Lösung auf Rechtswidrigkeitsebene	185
(c)	Die Lehre von der Sozialadäquanz	187
(d)	Die von Roxin begründete, differenzierende Ansicht	188
(e)	Keine Einschränkung der Beihilfestrafbarkeit	188
(3)	Stellungnahme	189
cc)	Zwischenergebnis	192
3.	Redundanz der Tatherrschaft für die Tatbestandsverwirklichung?	193
a)	Die Kritik von Marlie	193
b)	Konsequenzen für das Verhältnis von Tatherrschaft und objektiver Zurechnung	196
4.	Konsequenzen für die Lehre von der objektive Zurechnung: Wider den Vermeidbarkeitsgedanken	198
IV.	Abgrenzbarkeit der Tatherrschaftsformen voneinander?	199
V.	Schlussfolgerungen für die fahrlässige Mittäterschaft	202
VI.	Analyse und Schlussfolgerungen hinsichtlich der allgemeinen Täterlehre	204

Inhaltsverzeichnis

D. Mittäterschaft als Zurechnungsfigur?	207
I. Bei Herrschaftsdelikten: Funktionelle Tatherrschaft	207
1. Voraussetzungen der Mittäterschaft	210
a) Der Tatbeitrag des Mittäters	211
aa) Erfolgskausalität des Tatbeitrages	211
(1) Die sog. „alternative Mittäterschaft“	212
(2) Die sog. „additive Mittäterschaft“	215
(3) Begründungen für einen Verzicht der Kausalität des Einzelbeitrages	218
(a) Teilnahme an der Gesamttat	218
(b) Lehre von der Kollektivperson	222
(c) Stellungnahme	224
(4) Kausalität des einzelnen Beitrages ist notwendig	225
(5) Zwischenfazit	228
bb) Der Tatbeitrag des Mittäters in Abgrenzung zur Beihilfe	229
(1) Notwendigkeit als Maßstab des mittäterschaftlichen Tatbeitrages: Die sog. „negative“ funktionelle Tatherrschaft	230
(2) Tatbestandsverwirklichung als Kennzeichen des mittäterschaftlichen Tatbeitrages: Die sog. „positive“ funktionelle Tatherrschaft	232
(3) Potentielle tatbestandsverwirklichende Relevanz des mittäterschaftlichen Beitrages: Potentielle Tatherrschaft?	233
(4) Zwischenfazit	235
b) Der gemeinsame Tatplan	235
aa) Der Tatentschluss als subjektives Element der Mittäterschaft	236
bb) Der Tatentschluss als zumindest auch objektives Element	243
cc) Entbehrlichkeit eines gemeinsamen Tatplanes?	245
dd) Zwischenfazit	248
2. Der Mittäter als Täter	249
a) Kollektivansätze	250
b) Kritik an den Kollektivansätzen	251
c) Die individualistischen Ansätze	255
3. Fazit	263

II.	Eigene Konzeption einer individualistisch begründeten Mittäterschaft	264
1.	Konstruktion	264
2.	Konsequenzen	266
III.	Mittäterschaft jenseits der Herrschaftsdelikte	268
1.	Mittäterschaft bei unechten Unterlassungsdelikten	268
2.	Konsequenzen	271
IV.	Ergebnis	271
V.	Zusammenfassung	272
E.	Mittäterschaft und Fahrlässigkeitsdelikte	274
I.	Anwendung des § 25 Abs. 2 StGB auf Fahrlässigkeitsdelikte	275
1.	Verstoß gegen das Analogieverbot aus Art. 103 Abs. 2 GG, § 1 StGB?	275
2.	Kein Verstoß gegen den Wortlaut von § 25 Abs. 2 StGB	277
3.	Unerheblichkeit des Wortlauts von § 25 Abs. 2 StGB	278
4.	Ergebnis	279
II.	Täterbegriff der Fahrlässigkeitsdelikte	279
1.	Allgemeines zur Einheitstäterschaft	280
2.	Das praktizierte Tätermodell der Fahrlässigkeitsdelikte	283
a)	Täterschaft als Tatbestandsverwirklichung auch bei Fahrlässigkeitsdelikten	283
b)	Einige Bemerkungen zum Sorgfaltsmaßstab	286
c)	Objektive Zurechnung und Fahrlässigkeitstäterschaft	287
d)	Zwischenfazit	290
3.	Einführung eines „restriktiven Täterbegriffs“ für Fahrlässigkeitsdelikte?	291
a)	Verantwortlichkeit für eine Rechtsgutsverletzung nach Otto	291
b)	Die Konzeption Hoyers	292
c)	Rückgriff auf das Autonomieprinzip nach Renzikowski	294
d)	Die Zuständigkeit für eine Risikoquelle bei Sanchez Lazaro	295
4.	Ergebnis	296
III.	Substitution der Kriterien vorsätzlicher Mittäterschaft bei Fahrlässigkeitsdelikten	297
1.	Kollektivbildung durch ein gemeinsames Handlungsprojekt?	298
a)	Ausreichende Konturierung des Handlungsprojekts?	298
b)	Inhalt des Handlungsprojekts	299
c)	Zwischenergebnis	300

Inhaltsverzeichnis

2. Vereinigung durch eine gemeinsame Pflicht?	301
3. Objektive Gemeinschaftlichkeit des Verhaltens	302
4. Ergebnis	302
 F. Gemeinschaftliche Begehung eines Fahrlässigkeitsdelikts	 304
 Zusammenfassung der Ergebnisse	 306
 Literaturverzeichnis	 311
 Stichwortverzeichnis	 325